

Berlin, 23. Mai 2023

PRESSEMITTEILUNG

Deutscher Juristinnenbund e.V.

Vereinigung der Juristinnen,
Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen

Geschäftsstelle / Office:
Kronenstr. 73 • D-10117 Berlin

Telefon: +49 30 4432700
geschaeftsstelle@djB.de • <https://www.djB.de>

Ergebnis der iur.reform-Studie: Frauen sind vom Reformstau in der juristischen Ausbildung besonders betroffen

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djB) reagiert auf die jüngst erschienene [Studie des Bündnisses iur.reform](#). „Die Studie des Bündnisses iur.reform zeigt eindrücklich, dass die verkrusteten Strukturen der juristischen Ausbildung sich auf Frauen besonders negativ auswirken“, so die Präsidentin des djB, Prof. Dr. Maria Wersig.

Im Rahmen der Studie haben mehr als 10.000 Jurist*innen in Studium und Referendariat, aus Wissenschaft und Praxis im Jahr 2022 über 44 Reformvorschläge zur juristischen Ausbildung aus den letzten 20 Jahren abgestimmt. Der djB begrüßt die Bemühungen des Bündnisses und teilt das Fazit der Autor*innen, dass eine Ausbildungsreform dringend angezeigt ist. Dies gilt insbesondere für die Themen Gleichstellung, Diversität und intersektionaler Diskriminierungsschutz.

Ein erschreckendes Ergebnis der Studie ist, dass die Hälfte aller Teilnehmenden mit der juristischen Ausbildung unzufrieden sind. Es zeigen sich dabei deutliche Geschlechterunterschiede in den Antworten: Frauen sind mit der Ausbildung unzufriedener, ihre Zustimmungswerte zu Reformvorschlägen sind generell höher und sie wünschen sich mehr emotionale Entlastung als Männer. Dies liegt auch daran, dass Frauen strukturelle und individuelle Diskriminierungserfahrungen machen, die ihnen die Ausbildung erschweren und ihren Wunsch nach Reformen bestärken. „Um optimale Lernbedingungen für alle zu schaffen und die Chancen im Examen und Berufsleben fairer zu verteilen, müssen diese Missstände von künftigen Reformvorhaben gezielt adressiert werden“, so Helene Evers, Vorsitzende des Arbeitsstabs Ausbildung und Beruf im djB.

Zugleich kritisiert der djB, dass intersektionale Diskriminierungserfahrungen in der Studie noch nicht genügend ausgewertet sind. Gemeinsam mit Geschlecht sollten Merkmale wie *race* und soziale Herkunft in der politischen Debatte wie auch in der Forschung mehr in den Fokus rücken.